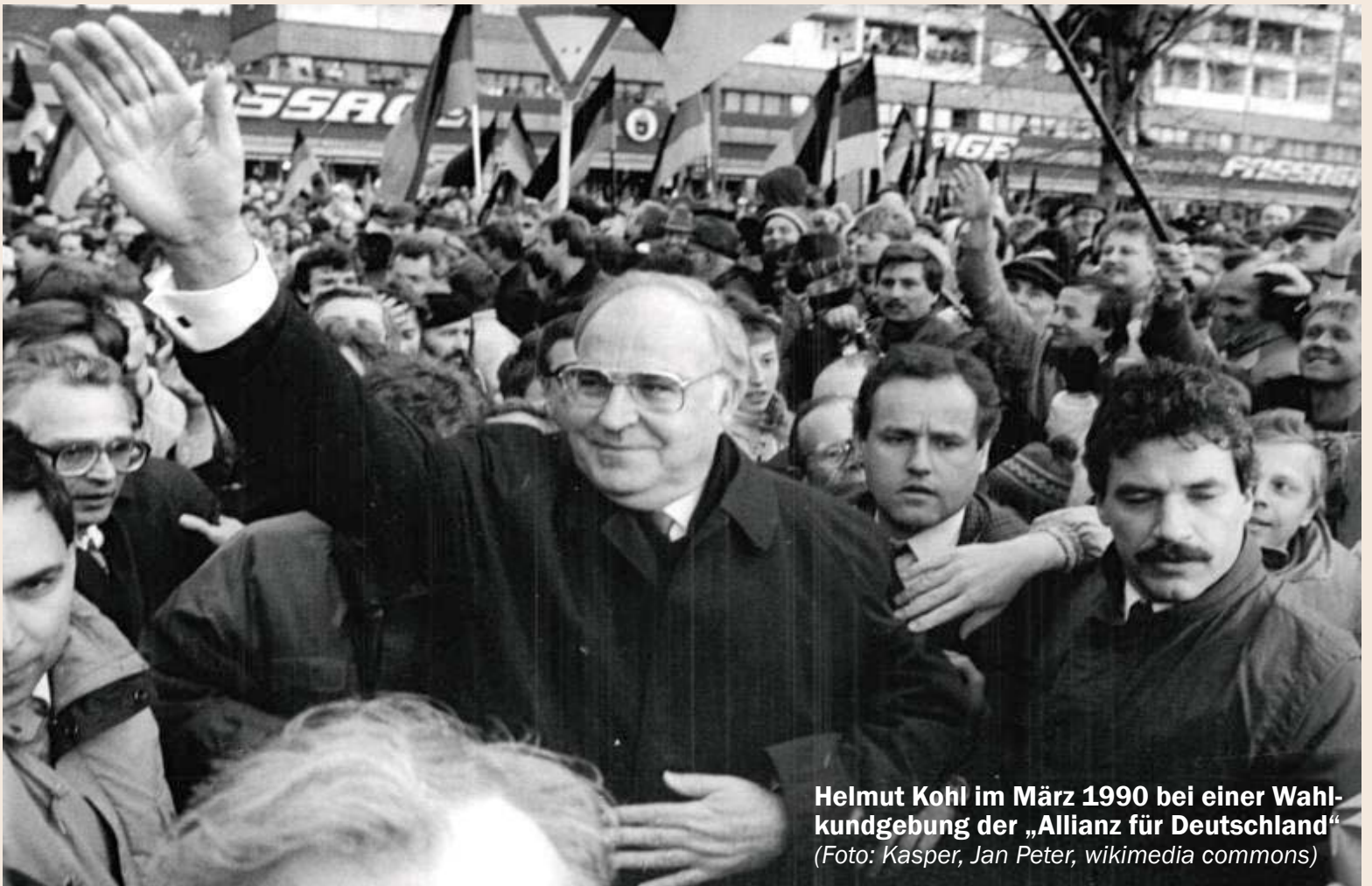


DIE ABGEHÄNGTEN

Blinde Flecken der Gesellschaft

Soziale Mobilität und politische Psychologie in Ostdeutschland seit 1989

von Yana Milev



Helmut Kohl im März 1990 bei einer Wahlkundgebung der „Allianz für Deutschland“
(Foto: Kasper, Jan Peter, wikimedia commons)

Seit „Das Ende des Kommunismus“ auf 1989 festgeschrieben wurde, der Unrechtsstaat der Justiz übergeben, die Mehrheit seiner Bevölkerung dem „krassen sozialen Wandel“ ausgesetzt, inszenieren neue Meinungsforschungs- und Umfrageinstitute, soziologische Institute, NGOs und andere Institutionen einen soziologischen Wenderfolg der Wendemacher. In dieser Rechnung werden die Wendeverlierer über die nächsten 28 Jahre ausgeblendet, die Mehrheit der Ostdeutschen, die ab 1989 und nach 40 Jahren DDR mit Ereignissen konfrontiert wurden, auf die sie nicht vorbereitet waren. Die Erfolgsstory wird bis heute vom Westen geschrieben, von den Demokratiebringern.

Was heißt das? Um das besser zu verstehen ist nicht nur ein Rückblick nötig, sondern eine Neuschreibung von Sozialgeschichte in Ostdeutschland zwischen 1989 und 2017. Eine politische Psychologie der Entwertung, Herabsetzung und Beschädigung, sowie die Analyse einer „Demokratie ohne Dialog“ fehlten bislang in der Rezeption des deutsch-deutschen Projekts.

Die zentrale Frage der Demokratie lautet immer noch: Dürfen die Ausgeschlossenen sprechen?¹

Blinde Flecken der Gesellschaft: Es gibt kein gesellschaftliches „Wir“ der Einheitswerte

Die im Jahr 2015 durch die amtierende deutsche Regierung veranlasste Flüchtlingspolitik, multipliziert fundamentale gesellschaftliche Konflikte, für die es zur Zeit noch keine angemessene Erklärung und erst recht keine Lösung zu geben scheint.

Fakt ist, dass die Flüchtlingskrise - in Folge jüngerer EU administrativer Entscheidungen, wie mehrfache Bankenrettung seit 2007, die Krise der PIIGS-Staaten und des weiteren Stellvertreterkriege wie in der Ukraine und in Syrien - die Bevölkerung in Deutschland massiv spaltet. Nach Meinungsumfragen des Instituts TNS² fordern 2016 rund 82% der Deutschen von Kanzlerin Angela Merkel Kurskorrekturen in der Flüchtlingspolitik, die eine uneingeschränkte Grenzöffnung, eine uneingeschränkte Zuwanderung von Millionen Papierlosen Muslimen, eine uneingeschränkte Integration selbiger in die sozialen Institutionen der Gesellschaft, sowie einen uneingeschränkten Nachzug von Familienangehörigen befürwortet. Verschärft wird die Krise durch die mediale und parteipolitische Moderation: „Wir brauchen qualifizierte Arbeitskräfte“, „Wir schaffen das“, „Willkommenskultur“, „Bedingungslose Hilfe für Kriegsflüchtlinge“. Eine Verschärfung deswegen, weil die Propaganda der Zeit selbst den politisch Ungebildeten als *Euphemisierung* der Situation auffällt und weil im Zuge der Flüchtlingspolitik auf der anderen Seite ganz andere Konjunkturen scheinbar plötzlich aufbrechen: soziale Ungleichheit, Vermögensungleichheit,

wachsender Niedriglohnsektor, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Kinderarmut, Altersarmut und darüber hinaus, Symptome einer abgehängten Bevölkerung. Trotz des gigantisch aufgeblasenen Globalisierungseuphemismus leben wir in einer „Abstiegsgesellschaft“³. Daraus folgt: es gibt kein gesellschaftliches „Wir“ der Einheitswerte, das akklamatorisch festgeschrieben werden kann. Die „Wir“-Forderung aus „Wir schaffen das“ wirkt als unangemessene Überforderung im Spiegel sozialer Tatbestände. Diese Tatbestände können unmöglich ad hoc generiert worden sein. Wahrscheinlicher ist, dass sie seit der deutsch-deutschen Wende sorgsam überdeckt wurden. Mit den aktuellen gesellschaftlichen Fundamentalkrisen brechen sie an die Oberfläche und verzerren das gewünschte Bild einer „Demokratie ohne Grenzen“.

Eine unsichtbare Migrationsgruppe

Der vorliegende Text will Teile der ostdeutschen Bevölkerung, Verlierer der deutsch-deutschen Wende nach 1989, plus Verlierer der Globalisierungswende (EU) nach 2002, ihre Geschichte der sozialen Mobilität, der Prekarisierung und ihre Proteste, thematisieren. Jene „Abgehängten“ werden dieser Tage mit einer, aus ihrer Sicht, dritten Wende des Abhängigwerdens konfrontiert – mit der Flüchtlingspolitik der amtierenden Regierung. Hier scheint eine kollektive Schmerzgrenze ultimativ überschritten zu sein. Soziale Widerstandsräume und Bruchlinien lassen sich nicht mehr retuschieren. Dennoch wird Vielen klar: im Moment kollidieren Fakten und Faktoren, die sich nicht miteinander vertragen, die weder miteinander zu verhandeln, noch zu vereinba-

ren sind. Auf der einen Seite gehen Medien und Parteien in Angriff über, wollen keinen Zusammenhang mit den seit 28 Jahren produzierten gesellschaftlichen Realitäten sehen, zu denen soziale und kulturelle Gräben gehören. Auf der anderen Seite wird eine bisher unsichtbare Bevölkerungsgruppe sichtbar, die Wendeverlierer, die durch Entwertung und Ausgrenzung Entwurzelt⁴, die ostdeutschen „Flüchtlinge“ im Einheitsdeutschland, über die man so nicht sprechen darf.

Bisher konnten übergeordnete Organisationen wie die BRD oder die EU den Status dieser Bevölkerungsgruppe gut nivellieren. Sie ging einfach unter. Hochrechnungen werden nunmehr an gemischten Populationen vorgenommen. Dabei werden Probleme künstlich ausgeblendet, wie zum Beispiel die Folgen der rapide gesunkenen Fertilitätsrate von Ostfrauen nach der Wende, oder die Diskriminierung der Frau und daran anschließend die Konstruktion des Gleichstellungsdiskurses.

In „Soziales und kollektives Gedächtnis“⁵ spricht Aleida Assmann über die Differenz zwischen offiziellem und inoffiziell Gedächtnis. Entwertungen, Beschädigungen an der Menschenwürde, die kollektiv traumatisch erlebt wurden, gehören zu einem inoffiziellen Gedächtnis der Ostdeutschen. Da dieses Gedächtnis auch noch dem „verordneten Vergessen“⁶ preis gegeben wird, wie es Dieter Simon nennt, bleiben am Ende Symptome psychischer Erkrankungen die an die Krankenkassen delegiert werden.

Gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit

„Die *Abgehängten* der Gesellschaft wählen Populisten, lassen sich verführen und sind unberechenbar. Die nicht-abgehängten Privilegierten suchen nun die Schuld bei sich“⁷, so Rainer Hank in der FAZ. Was in dieser Rhetorik deutlich zu Tage tritt, ist eine kollektive Fassungslosigkeit der Privilegierten, die sich entsetzt die Hände vors Gesicht schlägt und

alle nur denkbare „Schuld“ auch nur ansatzweise mit großen Gesten von sich weist. In diesem Spektakel, von den Leitmedien hervorragend inszeniert, wird der Aspekt der *gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit*, der Übertragungen und Projektionen, besonders gut deutlich. Jedoch gibt es keinen Feind, im Sinne des „rechten Mob“ oder der „rechten Hetzer“. Es sind Sinnkonstrukte in sozialen Räumen die schwer verletzt wurden und nunmehr eine hohe *Vulnerabilität* aufweisen. Das sollte ernst genommen werden, was zur Folge hätte, eine chronische Entwertung Andersdenkender einzustellen.

Zum Thema der systematischen Entwertung von Ostdeutschen nach 1989 liegt nur spärlich Literatur vor. Vivian Heitmanns Studie „Unverbindliche Welten? Die Wiedervereinigung aus der Sicht von psychisch Kranken und ihrem sozialen Umfeld“⁸ ist deshalb ein Perle im Sandhaufen. Sie hat zwischen 1990 und 1994 eine Studie erhoben, die sich zum Ziel setzte, wie sie selbst schreibt: „derjenigen Seite Gehör zu verschaffen, deren Erfahrungen durch die Wiedervereinigung nichtig geworden zu sein schienen.“⁹

Katastrophensoziologisches Szenario
Lars Clausen schreibt 1994, fünf Jahre nach der Wende, in „Krasser sozialer Wandel“ treffend: „Die beiden Deutschlands haben viel miteinander gemein – bis auf die Sprache. Wir reden – und wir fühlen – mehr aneinander vorbei, als beide Seiten je und je bemerken können.“¹⁰ Diese Tatsache der Sprachlosigkeit hat sich mittlerweile in einem gewachsenen und sogar verhärteten Konflikt ausgeweitet.

Es wurde versäumt den von Ostdeutschen durchaus gewünschten Dialog aufzunehmen und steht jetzt vor dem „überraschenden“ Tatbestand potenzieller Sprachlosigkeit und Ablehnung, der „naturgemäß“ mit „westlicher Wertegroßmäuligkeit“¹¹ übergegangen und geleugnet



Foto: Richard

PD Dr. Yana Milev
Kulturphilosophin, Soziologin,
Ethnografin, Kuratorin,
Privatdozentin für Kultursoziologie
der Universität St. Gallen (HSG),
Research Associate am Seminar für
Soziologie (SfS) der HSG.
www.aobbme.com

Yana Milev, geboren in Leipzig, studiert zwischen 1986 und 1995 Szenografie, Kulturtheorie und Freie Kunst an der HfBK in Dresden, gründete das Forschungsinstitut AOBME® in Dresden und firmiert 1994 als AOBME® | Microtopic Enterprise in Berlin. Nach einer künstlerischen Karriere geht sie für ethnografische Studien nach Japan und erlernt dort die traditionellen Japanischen Kampfkünste (Kyudô, Aikidô).

Sie absolvierte ein Doktoratsstudium für Philosophie an der Akademie der Bildenden Künste Wien und der HfG Karlsruhe, promovierte 2008 bei Peter Sloterdijk und Elisabeth von Samsonow und habilitierte sich 2014 unter der Mentorenschaft von Franz Schulteis an der Universität St. Gallen.

wird. So schreibt Bernd Ulrich am Ende seines Artikel „Wie Putin spaltet“¹² noch im Jahr 2014: „So treffen in diesen Wochen Weltansichten aufeinander, die allem Anschein nach längere Zeit nicht miteinander ausgetauscht wurden.“ 2014 scheint lange zurück zu liegen, denn etwaige Meinungsgräben werden heute nur noch mit Hate-Speech und verbaler Kriminalisierung bewältigt. Angemessen wäre eine versäumte sozialpsychologische Anomiedebatte, die im Jahr 1989 hätte ansetzen müsste, nachzuholen, um das kollektive Befinden im „Osten“ besser zu verstehen, als es weiterhin zu entwerten.

**Die Abgehängten:
Ein generatives Problem**

Die vorliegende Auseinandersetzung unternimmt deshalb den Versuch, die subkutane Entstehungsgeschichte der gesellschaftlichen Gegenkräfte, wie sie aktuell ebenfalls in der gesamten deutschen Gesellschaft wahrgenommen werden, synchron zu der Entwicklungsgeschichte der Privilegierten und des transatlantischen Establishments, aufzudecken, also eine Globalisierungsrevolte von Unten herzuleiten, die sich aktuell in gesellschaftspolitischen Widerstandslagern bemerkbar macht. Dabei ist eine Genea-

logie der sukzessive abgehängten Bevölkerung seit 1989 von Interesse, mit besonderem Fokus auf Ostdeutschland im Gebiet der ehemaligen DDR. Besprochen werden hier drei Generation der zwischen 1945 und 1975 Geborenen. Die beobachtete Bevölkerungsgruppe, die zur Wendezeit in einem ausbildungs- und berufsfähigen Alter (14–44) war, gelernt und qualifiziert und/oder über viele Jahre werktätig in Beruf stand, ist von da an bis heute in eine Geschichte der Entwertung, Marginalisierung und Ausgrenzung geraten, das heißt, sie wurde von Chancengleichheit und politischer Partizipation ausgeschlossen, bei gleichzeitiger medialer Verbrämung ihres Schicksals. Es ist genau diese subkutane Gesellschaftsgeschichte der s.g. Gegenkräfte, der Abgehängten, welche die Geschichte der *sozialen Mobilität* in Deutschland seit 1989, erst komplett macht.

Antagonistische Mobilitäten

Es sind einige Millionen Menschen, die in die Beobachtungsgruppe fallen. Die letzte Volkszählung in der DDR ergab 1988 etwa 17 Millionen Einwohner. 1989 flüchteten etwa 150.000 „DDR-Flüchtlinge“; sie folgten den „Picknick-Flüchtlingen“¹³ über die grüne Grenze nach Ungarn und Österreich. Nach der Wende er-

folgten dramatische Arbeitsmigrationen in den Westen, was den Bevölkerungsanteil Ostdeutscher auf dem ehemaligen Territorium der DDR rapide schrumpfen ließ. Ein paar Jahre später kam es zu den berühmten Rückzügen Entwurzelter, die weder im Westen Fuß fassten und die alte „Heimat“ nicht mehr vorfanden. Sozialer Abstieg entkoppelt Ostdeutsche aus dem deutsch-deutschen Projekt und lässt sie nach und nach als Vertrieben und Flüchtlinge im eigenen Land still werden.

In gegenläufiger Bewegung fanden Arbeitsmigrationen Westdeutscher in den Osten statt. Diese kamen mit Westgehältern und Buschzulage¹⁴ und hatten die Aufgabe, alle öffentlichen Ämter in Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Politik zu besetzen.

Das spezifische Problem dieser Geschichte liegt in der Selbstermächtigung des „Westens“ als Hüter einer Demokratiecausa von Einheitswerten für Gesamtdeutschland seit 1989, die es sozialpsychologisch nie gab. Neue Betroffenheit wurde an dem Punkt ausgelöst, als das „Andere“ (spätestens ab 2014) zum „Rechten“, bzw. „Neu-Rechten“ erklärt wurde. Betroffenheit deshalb, weil sich für Viele der Ostdeutschen etwas wiederholt, was sie aus Stasi-Zeiten kannten: das Verbot einer anderen Sicht und Rede. Das Wissen des „Anderen“, das quasi nicht vorgesehen war und dass nunmehr auf der Grundlage des „besseren Arguments“ bzw. des „herrschenden Arguments“¹⁵ diskriminiert und stigmatisiert wird.

Postdemokratie: Doppelbödigkeit der Wendeversprechen

Mit der wirtschaftlichen Wiedervereinigung im Jahr 1990 war über eine gegenseitige Fremdheit hinaus ein entscheidender trennender Gesichtspunkt hinzugetreten: die „Ent-

Das Projekt „Landnahme Ost“ prosperierte hemmungslos.

wertung der elementaren materiellen und mentalen Dispositionen aus DDR-Zeiten“¹⁶.

Das deutsch-deutsch-Projekt ist ein exemplarisches Beispiel der *Postdemokratie*, das mit gigantischen Versprechen für die Bevölkerung in Ostdeutschland eingeleitet wurde, die als „Wendeversprechen“ unter der Ägide Kohl bekannt geworden sind. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl versprach den Ostdeutschen *blühende Landschaften*¹⁷ – ein Sinnbild für eine Vision ökonomischer Zukunftsperspektiven. Neben den „Blühenden Landschaften“ versprach Kohl eine „geistig-moralische Wende“¹⁸, also einen Regime-Change. Diese politische Losung war die Wendelosung für eine bessere Demokratie. In dem Moment, wo Ostdeutschland in der totalen Submission war, konnte die soziale Abhängigkeit zu den Wendeversprechen verstärkt und ausgebaut werden. Die BRD hat im Umkehrschluss ein *sozialpsychologisches und psychopolitisches Vakuum* hergestellt, jene *Blinde Flecken der Gesellschaft*, die auf der rhetorischen Landkarte der Wiedervereinigung einfach nicht existieren. Mit diesen Strategien der Postdemokratie konnten Wendegewinner ungehemmt den Raum neu besetzen. Das Projekt „Landnahme Ost“, wie ich es nach dem von Klaus Dörre entwickelten Theorem der *neuen Landnahme*¹⁹ bezeichne, auch als Projekt „Aufschwung Ost“ bekannt geworden, prosperierte hemmungslos.

Aussicht:

Die „Demokratisierung der Demokratie“²⁰ ist für die „Die Abgehängten“ eine prospektive Forderung. Denn die zentrale Frage der Demokratie lautet immer noch: „Dürfen die Ausgeschlossenen sprechen?“ Und wenn ja, was würden sie sagen? Ändern wir doch einfach mal die Perspektive und richten Blick nach Innen. Drosseln wir doch einfach mal die Geschwindigkeiten von Industrie 4.0 und Big Data. Halten wir mal die

Menschen haben Bedürfnisse nach Kollektiven, Herkunft, Zugehörigkeit, Sprache und Raum.

Revolution of Military Affairs (RMA) an, den Krieg um Energieressourcen und Peak Oil, den Krieg um Märkte, Wachstum und Leadership. Versuchen wir mal die gut finanzierten Trends der Globalisierungsindustrie und Hightechkreativen und ihrer Diskurse wie „Transnational movements“, oder „The Futures of World Society“, zu unterbrechen. Versuchen wir mal auf eine Bevölkerung zu schauen, die seit beinahe drei Dekaden den Dialog sucht und um Zugehörigkeit ringt. Versuchen wir mal, solche kollektiven Bedürfnisse nicht als aufkeimenden Faschismus zu entwerfen, oder als gescheiterten Integrationsmarkt, sondern als etwas genuin Soziales anzuerkennen. Menschen haben Bedürfnisse nach Kollektiven, Herkunft, Zugehörigkeit, Sprache und Raum. Nehmen wir den Widerstand gegen den neoliberalen Kontrollverlust in (Ost) Deutschland ernst und sehen darin Lösungsansätze.

Quellen:

- 1) Bernd Stegemann, Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie, Theater der Zeit, Berlin, 2017
- 2) Umfrage: Deutsche fordern Korrekturen in der Flüchtlingspolitik. Rund 82 Prozent der Deutschen fordern von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) Kurskorrekturen in der Flüchtlingspolitik. Die befragten Deutschen äußern sich ebenfalls zu eine Wunschkoalition nach der Bundeswahl 2017, FOCUS Online, 10.09.2016
- 3) Oliver Nachtwey, Die Abstiegs-gesellschaft – Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Suhrkamp, Berlin, 2016
- 4) Katrin Schoelkopf, Entwurzelung ist die gefährlichste Krankheit, Welt N24, 8.11.2008,
- 5) Aleida Assman, Soziales und kollektives Gedächtnis (PDF-Datei; 122 kB)
- 6) Dieter Simon, Verordnetes Vergessen, in: Gary Smith, Avishai Margalit, Amnestie, oder Die Politik der Erinnerung, Frankfurt a.M., 1997, S. 25
- 7) Rainer Hank, Kennen Sie vielleicht einen Abgehängten? Die „Abgehängten der Gesellschaft wählen Populisten, lassen sich verführen und sind unberechenbar. Die nicht-abgehängten Privilegierten suchen nun die Schuld

- bei sich. Ein Kommentar, FAZ.NET, 27.11.2016
- 8) Vivian Heitmann, Unverbindliche Welten? Die Wiedervereinigung aus der Sicht von psychisch Kranken und ihrem sozialen Umfeld, Edition Diskord, Tübingen, 1999
- 9) ebd., S.8
- 10) Lars Clausen, Krasser sozialer Wandel, Springer Fachmedien, Wiesbaden, 1994, S. 229
- 11) Ulf Poschardt, Der Westen soll Putin umarmen, Die Welt-Online, 3.3.2014
- 12) Bernd Ulrich, Wie Putin spaltet, Die Zeit, 10. April 2014
- 13) 19. August 1989. Die erste Massenflucht aus der DDR, Bis zur Maueröffnung sollte es noch rund drei Monate dauern, doch an der österreichisch-ungarischen Grenze wurden die Barrieren schon am 19. August 1989 durchbrochen. Rund 600 DDR-Bürger nutzten ein "Picknick" der Paneuropa-Union für eine spektakuläre Massenflucht. Sie hatten ein erstes großes Schlupfloch gefunden, Spiegel Online, 16.8.1999
- 14) Buschzulage, Wikipedia, URL: <https://de.wikipedia.org/wiki/Buschzulage>, Stand vom 22.3.2017
- 15) Niklas Porello, Die Stigmatisierung der Rechten. Diskriminierung anderer – eine Folge des besseren Arguments?, in: soziologie-heute, das soziologische Fachmagazin, Heft 52, April 2017, S. 10 ff.
- 16) Brigitte Rauschenbach, Deutsche Zusammenhänge. Zeitdiagnose als politische Psychologie, Edition Interfrom, Zürich, 1995
- 17) Blühende Landschaften, Wikipedia, URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Blühende_Landschaften, Stand vom 23.3.2017
- 18) Geistig-moralische Wende, Wikipedia, URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Geistig-moralische_Wende, Stand vom 23.3.2017
- 19) Klaus Dörre, Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich, Hartmut Rosa, Soziologie - Kapitalismus - Kritik. Eine Debatte, Suhrkamp, Frankfurt/Main, 2009, S. 21-86
- 20) Claus Offe, Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge, Campus, Frankfurt 2003

Politik, die Armut schafft

Einkommen und Vermögen ist ungerecht verteilt und nimmt zu

von Michael Mayer



Deutschland geht es gut. Wir leben im Wohlstand. Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Arbeitskräfte dringend gesucht. So kommuniziert die Regierung seit Jahren ins Volk. Ein aktueller Armutsbericht zeichnet allerdings ein anderes Bild: Die Armut in Deutschland ist auf dem Vormarsch und die Kinder und Alten leiden.